



Foto: Björn Obmann

## LASST UNS DIE BLOCKADE AUFLÖSEN!

Die Regierungen auf Bundes- und Landesebene reden von Fortschritt im Klimaschutz, während sie bestenfalls den Stillstand kultivieren. Nie war zivilgesellschaftliches Engagement wichtiger, um Chancen im Kampf gegen die globale Erhitzung zu wahren.

Widersprüchliche Nachrichten kamen im März von der Klimafont. Auf der einen Seite konstatierte der Weltklimarat, dass sich die Erde bereits um 1,1 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit aufgeheizt hat und sich das Zeitfenster zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels bald schließt. Auf der anderen Seite verkündete die Bundesregierung keine zwei Wochen später ihre Vision von Klimaschutz: „Straßenbau und Klimaschutz zusammendenken“ (also breitere Autobahnen kombiniert mit Photovoltaik), viel Geld für E-Fuels-Forschung (obwohl E-Mobilität längst etabliert ist) und Heizungstausch (oder auch nicht, wenn Wasserstoff statt fossilem Gas verheizt wird). Vor allem aber zieht die Ampelkoalition dem Klimaschutzgesetz die Zähne, indem sie verbindliche Sektorziele abschafft. Die Minister\*innen, die für die Problembereiche Verkehr und Wohnen verantwortlich sind, müssen sich also keine Gedanken mehr machen, wie sie bestimmte CO<sub>2</sub>-Einsparungen erreichen. Ein Armutszeugnis auch für die Grünen.

Und auf Landesebene? Während sich herausstellt, dass die Brandenburger Landesregierung ohne Not Braunkohlekraftwerksblöcke aus der Sicherheitsreserve zurückholt (Seite 4), gibt sich in Berlin die neue schwarz-rote Koalition verbal klimafreundlich, aber unverbindlich. Kein Wort verwendet der Koalitionsvertrag darauf, wie das große Ziel der klimaneutralen Stadt erreicht werden soll. Konkret werden CDU und SPD dafür bei Rückschritten. Radwege sollen schmaler ausfallen, wichtige geplante Straßenbahnstrecken zur Disposition gestellt und das Tempelhofer Feld und andere grüne Flächen (teil-)bebaut werden.

### Stinkefinger für die Jugend

Dass der Klimaschutz nicht einfacher wird, je länger man ihn aufschiebt, wissen vermutlich alle Politiker\*innen in Regierungsverantwortung. Ihre Prioritäten verändert dies jedoch nicht. Kein Wunder, dass die Verzweigung vor allem bei denjenigen wächst, die noch

mehrere Jahrzehnte auf diesem Planeten vor sich haben. So ist es überaus nachvollziehbar, wenn Menschen sich zu zivilem Ungehorsam, etwa gegen Braunkohletagebaue oder Waldzerstörung, genötigt sehen. Der BUND ruft nicht zu Blockaden, Besetzungen oder ähnlichen Aktionen auf, aber er protestiert energisch dagegen, wenn Politik und Medien friedliche, unkonventionelle Proteste kriminalisieren oder gar in die Terrorismusecke stellen.

Zivilgesellschaftliches Engagement erschöpft sich nicht in Protesten. Wenn die da oben zu wenig tun, müssen wir eben die Veränderungen lokal vorantreiben, sagen sich unzählige Initiativen in Berlin und Brandenburg schon seit Jahren. Manche beginnen in einem überschaubaren Sektor Standards zu setzen, etwa das in den Nullerjahren begonnene BUND-Projekt zum Klimaschutz in Kliniken oder die wesentlich jüngere Initiative Clubtopia, die das Nachtleben umweltverträglich gestalten will. Andere suchen nach Zukunftsperspektiven in ehemaligen Kohlegebieten oder achten darauf, dass sich die öffentliche Hand an das hält, wozu sie sich verpflichtet hat, etwa im Fall Krampnitz (siehe Seite 2).

### Mit Klimaklagen gegen Politikversagen

Klimaschutz von unten ist kleinteilig und oft mühselig. Er ist aber – abgesehen von den konkret eingesparten Emissionen – nötig, um öffentlich zu zeigen, was technisch und gesellschaftlich geht. Allerdings kann es nicht allein die Aufgabe von besonders engagierten Menschen sein, die globale Erhitzung aufzuhalten. Der Staat muss verbindliche Regeln formulieren, wie die Treibhausgasemissionen reduziert werden, und diese tatsächlich durchsetzen. Nur wie bringt man ihn dazu?

Dieses Jahr beschäftigt sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EMGR) erstmals mit Klagen gegen unzureichende Klimamaßnahmen auf nationaler Ebene. So argumentieren etwa die „Klimasenioren\*innen“ aus

der Schweiz, als alte Menschen seien sie heute schon in ihren Menschenrechten verletzt. In den häufiger werdenden Extremhitzeperioden könnten sie ihr Zuhause (beziehungsweise ihren Keller) nicht verlassen und seien einem erhöhten Sterberisiko ausgesetzt. Anderes Beispiel für die juristische Schiene: Der BUND hat im Januar vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg eine Klage gegen die Bundesregierung wegen der Nichteinhaltung der Emissionsziele in den Sektoren Verkehr und Gebäude eingereicht. Und wer weiß, ob das Bundesverfassungsgericht die Ampel-Attacke auf das Klimagesetz nicht am Ende kassiert.

### Wahlrecht mit 16

Entscheidungsträger\*innen in der parlamentarischen Demokratie neigen dazu, die Bereitschaft zu Veränderungen in der Bevölkerung zu unterschätzen. Ereignisse wie das Scheitern des Klima-Volksentscheids in Berlin im März scheinen ihre Position zunächst zu bestätigen. Aber wie wäre der Volksentscheid ausgefallen, wenn die Abstimmung inmitten eines weiteren Dürresommers stattgefunden hätte? Oder wenn sachliche Argumentation in den großen Medien mehr Platz als von Angst getriebene Stimmungsmache gefunden hätte (Seite 3)?

Je jünger die heute lebenden Menschen sind, desto mehr werden sie von dem erleben, was mit dem neutralen Begriff „Klimawandel“ unzureichend beschrieben ist. Es wäre daher nur fair, das Wahlrecht auf allen Ebenen auf 16 Jahre zu senken. Politikwissenschaftler\*innen gehen davon aus, dass damit mittelfristig auch die Wahlbeteiligung der 20- bis 30-Jährigen steigt, denn wer schon im Schulalter die Mitwirkung an der demokratischen Willensbildung einübt, nimmt auch später eher an Wahlen und Abstimmungen teil. Der Klimaschutz ist für den Erhalt unserer Demokratie so wichtig, dass alle Teile darüber entscheiden müssen. *sp*

## INHALT

### Thema Demokratie & Klimaschutz

Klimaschutz von unten: Zwei exemplarische BUND-Projekte aus Brandenburg und Berlin  
**Seite 2**

„Die Stadtgesellschaft muss mitreden“: Interview mit Jessamine Davis von Klimaneustart Berlin  
**Seite 3**

### AKTUELL

Zweites Leben für Sand, Beton und Steine  
**Seite 4**

Drei Blöcke können weg: Datenanalyse der Stromerzeugung im Kohlekraftwerk Jänschwalde  
**Seite 4**

Was macht eigentlich VDE 17? Neues vom Wasserstraßenbau an Spree und Havel  
**Seite 5**

Die vermeidbare Wasserkrise: Berlins Umgang mit Gewässern und Grundwasser  
**Seite 5**

### BUNDJUGEND

Was braucht unsere Demokratie für mehr Klimaschutz? Gespräch mit Aktivist\*in Adana Piriçi  
**Seite 6**

### NATUR ERLEBEN

Paddeln auf der Unteren Havel  
**Seite 7**

### ÖKOTIPP

Beteiligung an Planungsverfahren  
**Seite 7**

### KURZ & BUND

Gastro-Check  
**Seite 8**

Demokratie und Klimaschutz in Zahlen  
**Seite 8**



# KLIMASCHUTZ VON UNTEN

Zwei BUND-Projekte aus Brandenburg und Berlin stehen exemplarisch für viele Initiativen aus der Zivilgesellschaft

## RevierUPGRADE

In Cottbus und Umgebung spürt man den vom Kohleausstieg ausgelösten Strukturwandel schon deutlich. Die Flutung des früheren Tagebaus Cottbus Nord zum Cottbuser Ostsee kommt aufgrund des regionalen Wassermangels zwar nicht voran, dafür sucht die Bahn für ihr neues ICE-Instandhaltungswerk schon Personal und für die medizinische Ausbildung soll die Lausitz eine weitere Universität bekommen. Also alles bestens? Eher nicht, denn die Sichtweisen und Bedürfnisse von jungen Menschen kommen immer noch zu kurz. Das wollen die BUNDjugend und das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) mit ihrem vom KoMoNa-Programm des Bundesumweltministeriums geförderten Projekt „RevierUPGRADE“ nun ändern.

Mit einem Lastenfahrrad kommen die Mitarbeitenden des Projekts in die vom jahrzehntelangen Braunkohleabbau gezeichneten Dörfer und Städte des Mitteldeutschen und des Lausitzer Reviers in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg; im Gepäck haben sie unter anderem Future Labs, Workshops und Coachingprogramme. Ihr Ziel: Jugendliche dergestalt zu stärken, dass sich diese Gehör für ihre Sorgen und Wünsche verschaffen – kurz: den Strukturwandel mitgestalten können. Welche Themen des Stadt- und Dorflebens ihnen wichtig sind, entscheiden die Jugendlichen, die an den RevierUPGRADE-Veranstaltungen teilnehmen, selbst.

Auf der Auftaktveranstaltung im März haben rund 50 Akteur\*innen aus den Revieren teilgenommen und Input zu den Bedürfnissen von Jugendlichen in den künftig kohlefreien Regionen geliefert. Es zeichnet sich ab, dass neben allgemeinen Gerechtigkeits- und Partizipationsthemen auch sehr greifbare Wünsche wie etwa nach Treffpunkten und dem Erhalt des städtischen Baumbestands eine große Rolle spielen werden. Lokale Initiativen sind herzlich eingeladen, sich miteinzubringen!

Kontakt Cottbus:  
Bastian.Ascher@BUNDjugend-brandenburg.de  
Instagram: @revierupgrade



Foto: Robert Herold

## Nachhaltige Festivalkultur

Im Grünen feiern und dabei auf die Umwelt achten – dazu bekennen sich die Veranstaltenden, die Anfang April den Code of Conduct für nachhaltige Festivalkultur erstunterzeichnet haben. Der Code of Conduct ist ein Nachhaltigkeitskodex für Festivals und Open Airs, den die Initiative Clubtopia und Akteur\*innen der Festivalszene gemeinsam erarbeitet haben. Erstunterzeichner\*innen sind die Festivals Feel Festival, Fluid Festival, Wilde Möhre, Prærie Festival, Lusatia, Wumms, Mit Dir Festival, Modular Festival und das Sea You Festival.

Festivals und Open Airs dient der Code of Conduct als umfassende Grundlage für ein eigenes Nachhaltigkeitskonzept, mit dem sie sich zu konkreten Zielen des Klima- und Umweltschutzes bekennen. Er umfasst die Bereiche Nachhaltigkeitskommunikation, umweltfreundliche Mobilität, Energie sparen, Ressourcenschutz, Abfallvermeidung, Catering, Naturschutz, Treibhausgasvermeidung und soziale Aspekte. Welchen Weg sie zu den einzelnen Nachhaltigkeitszielen beschreiten, ist Sache der Unterzeichnenden. Dazu erhalten sie eine Liste von erprobten Maßnahmen, die sich flexibel an die unterschiedlichen Bedingungen ihrer jeweiligen Veranstaltung anpassen lassen.

Der Code of Conduct für eine nachhaltige Festivalkultur ist eine Weiterentwicklung des Code of Conduct für eine nachhaltige Clubkultur „Zukunft-Feiern!“, den Clubtopia im Herbst 2021 in Berlin gelauncht hatte und der in Hauptstadt bisher zwölf Unterzeichner\*innen zählt. Clubtopia ist ein gemeinsames Projekt von BUND, clubliebe e. V. und der Clubcommission Berlin. Jetzt kommt es darauf an, dass viele weitere Veranstaltende den Code of Conduct unterschreiben.

Kontakt: hello@clubliebe-festival.org  
www.zukunft-feiern.de

## Thema Demokratie & Klimaschutz

### INFO

#### BUND VERKLAGT REGIERUNG

Ende Januar reichte der BUND vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg eine Klage gegen die Bundesregierung ein. Sie richtet sich gegen die Missachtung der jährlichen Ziele zur Treibhausgasemissionsreduzierung in den Sektoren Verkehr und Wohnen, wie sie im Klimaschutzgesetz festgelegt sind. Im Verkehrssektor wurden die für 2021 erlaubten Emissionsmengen um 3,1 Millionen Tonnen überschritten, im Gebäudesektor um 2,5 Millionen Tonnen. Auch 2022 haben die beiden Sektoren die ihnen zustehenden Emissionsmengen sehr wahrscheinlich überzogen. Laut Gesetz müssen die zuständigen Ministerien wirksame Sofortprogramme vorlegen. Dies ist aber nicht geschehen. Den BUND vertreten die gleichen Rechtsanwält\*innen wie 2021, als eine erfolgreiche Klage vor dem Bundesverfassungsgericht die Verschärfung des Klimagesetzes erzwungen hatte.

#### BUND-KRITIK ALS STRESSFAKTOR

Es läuft nicht rund beim Bau des neuen Potsdamer Stadtquartiers Krampnitz: In einer 220.000 Euro teuren Stresstest-Broschüre moniert eine Stuttgarter Beratungsfirma, wiederholte Einsprüche von Umweltverbänden gepaart mit kritischen Medienberichten drohten die „Marke Krampnitz“ zu beschädigen. Woher diese Sorge? Der BUND hatte unter anderem Widerspruch gegen das geplante fossile Blockheizkraftwerk eingelegt und das Verkehrskonzept (fast 5.000 neue Wohnungen, obwohl die Tramverbindung auf absehbare Zeit nicht kommt) kritisiert. Zwar ist es befremdlich, wenn demokratische Beteiligungsverfahren und kritische Presse als Stressfaktoren gewertet werden. Andererseits zeugt es davon, dass die Arbeit der Umweltverbände wirkt. [www.BUND-brandenburg.de/krampnitz](http://www.BUND-brandenburg.de/krampnitz)

## EDITORIAL

von Carsten Preuß, Franziska Sperfeld und Julia Epp

Liebe Leser\*innen,

Ende März mussten wir fassungslos zur Kenntnis nehmen, was herauskommt, wenn sich die führenden Köpfe der Ampelkoalition auf Leitlinien in der Klimapolitik verständigen. Rot-Grün-Gelb will das Klimaschutzgesetz, das der Bundestag in den letzten Tagen der Merkel-Ära auf Druck des Verfassungsgerichts verschärft hatte, wieder verwässern. Auto-Minister Wissing darf weiter die Verbrennungsmotoren protegieren, verpflichtende Sektorziele für Emissionen entfallen, statt Tempolimit auf Autobahnen gibt es mehr Tempo beim Autobahnbau.

Auch auf Landesebene besteht wenig Grund zum Jubeln. Berlin bekommt den rückwärtsgewandtesten Senat seit Eberhard Diepgens Sturz 2001. Flächenversiegelung und Vorfahrt für den motorisierten Individualverkehr dürften zu den identitätsstiftenden Projekten dieser inzwischen eher kleinen Großen Koalition gehören.



Kurz gesagt: Umwelt- und Naturschutz wird nicht einfacher. Aber Aufgeben ist selbstverständlich keine Option.

In dieser Ausgabe der BUNDzeit loten wir aus, was die Zivilgesellschaft alles tun kann, um im Klimaschutz und bei anderen Nachhaltigkeitsthemen voranzukommen, wenn die Regierungen mal wieder blockieren. Und wir danken allen, die dabei mitmachen, auf welche Art auch immer.

Unverzagte Grüße

Vorsitzender  
BUND Brandenburg

Vorsitzende  
BUND Brandenburg

Vorsitzende  
BUND Berlin

# „DIE STADTGESELLSCHAFT MUSS MITREDEN“

**Jessamine Davis von der Initiative „Klimaneustart Berlin“, die den Volksentscheid „Berlin klimaneutral 2030“ am 26. März angeschoben hat, über Diskussionen um das Auto, klare Botschaften und neue Beteiligungsformen**

**BUNDzeit:** Nachdem die Innenverwaltung durchgesetzt hatte, dass der Volksentscheid nicht zusammen mit der Wiederholungswahl stattfindet, war klar, dass das Quorum von 25 Prozent der Abstimmungsberechtigten eine Herausforderung wird. Aber hattest du mit fast 49 Prozent Nein-Stimmen gerechnet?

**Jessamine Davis:** Wir haben mit 442.210 Ja-Stimmen mehr Stimmen bekommen als jede Partei bei der Wiederholungswahl. Wir hatten zwar mit mehr Nein-Stimmen gerechnet als bei anderen Volksentscheiden, weil das Thema polarisiert. Trotzdem war die Menge der Nein-Stimmen eine Überraschung. Unabhängig vom Ergebnis war es aber ein Erfolg, dass sich so viele Menschen in der Stadt beteiligt haben und bei der Klimapolitik mitgeredet haben.

**Welche Motive siehst du hinter den Nein-Stimmen?**

An erster Stelle gibt es viele Ängste. Unser Job bei der Unterschriftensammlung in den letzten Jahren war es, mit den Menschen auf Augenhöhe zu sprechen und ihnen die Ängste zu nehmen. Wir haben immer wieder auf Studien hingewiesen, die zeigen, dass die Kosten sinken, wenn wir Energie klimaneutral und lokal erzeugen und wenn die Gebäude saniert sind. Wir haben auch gesagt, dass später die Kosten höher sind, wenn wir jetzt nicht handeln. Aber es gibt viele Akteur\*innen, die keine Energiewende wollen. Und so hat sich das Narrativ etabliert, dass die Energiewende viel Geld kostet. Wie auch bei der Wiederholungswahl hat das Auto eine große Rolle gespielt; außerhalb des S-Bahnringes sind viele darauf angewiesen, das haben wir auch nicht bestritten.

**In eurem Gesetzesentwurf stand nichts von Mobilität, geschweige denn vom Auto ...**

Bei den Diskussionen auf der Straße und bei Interviews, vor allem in der Springer-Presse, ging es oft sofort um das Auto. Und wir müssen ehrlich darauf antworten: Wenn die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 95 Prozent sinken sollen, müssen wir die Zahl der Autos reduzieren und weitgehend auf Elektromobilität umsteigen. Es muss aber Ersatzangebote geben und es muss sozial gerecht umgesetzt werden.

**Der Gesetzesentwurf wollte die Gestaltung der CO<sub>2</sub>-Einsparungen in die Hand des Senats legen. Habt ihr wirklich so viel Vertrauen in die Weisheit der Regierenden?**

Auf nationaler Ebene gibt es die Verpflichtung auf das 1,5 Grad-Ziel. Da völlig klar und wissenschaftlich bewiesen ist, dass das Berlin zustehende Emissionsbudget bis 2030 aufgebraucht ist, muss diese Verpflichtung auch ins Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz. Mit einer Klimaneutralität bis 2045 schaffen wir es nicht, die Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Deshalb wollten wir das Reduktionsziel klar verankern. Aber konkrete Maßnahmen wollten wir nicht im Gesetz, weil die Stadtgesellschaft mitreden muss. Es muss einen repräsentativen Querschnitt geben, der mitredet – und hier kommt der Klimabürger\*innenrat ins Spiel.

Klimastreik am 3. März



Foto: Björn Obmann

**Was hat es mit dem Klimabürger\*innenrat auf sich?**

Weil die Klimakrise alle betrifft und wir alle Perspektiven zur Lösung brauchen, haben wir als Klimaneustart 2030 eine Volksinitiative zur Einberufung eines Klimabürger\*innenrats gestartet, die das Abgeordnetenhaus angenommen hat. 100 Bürger\*innen wurden ausgelost: Leute aus allen Altersstufen, allen Bezirken, mit verschiedenen Bildungsabschlüssen, mit und ohne Migrationshintergrund, eine Art Mini-Berlin. Die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen waren ambitionierter als es der bisherigen Klimapolitik entsprach. Zum Beispiel wurde eine emissionsfreie Innenstadt bis 2030 empfohlen. Wenn Menschen relevante Informationen von Expert\*innen bekommen und beteiligt werden, wie es beim Klimabürger\*innenrat der Fall war, dann sind sie bereit für adäquate Maßnahmen. Es ist eine Frage der Kommunikation – und die Politik hat keine klare Kommunikation in Klimafragen. Es fehlt die klare Botschaft: „Liebe Leute, unsere Zukunft steht auf dem Spiel. Wir können das Problem aber lösen, wenn wir alle an einem Strang ziehen und wenn wir unsere Stadt klimaneutral und sozial gerecht umbauen.“ Es braucht beide Botschaften: Was auf uns zukommt und was wir gemeinsam tun können.

**„Berlin klimaneutral 2030“ hat auch Kritik von links bekommen. Vermieter\*innen könnten von höheren Nebenkosten profitieren, außerdem wurde die Unterstützung von Unternehmer\*innen moniert. Muss die Klimabewegung zum Kapitalismus Stellung beziehen?**

Als Klimaneustart Berlin stellen wir grundsätzlich das kapitalistische Wirtschaftssystem in Frage, weil es auf Ausbeutung von Menschen und Natur basiert. Unendliches Wachstum ist nicht mit Klimagerechtigkeit und einem lebenswerten Planeten vereinbar. Aber das lösen wir nicht mit einer Kampagne auf. Uns war es wichtig, mit der Wirtschaft zu sprechen, weil wir zeigen wollten, dass die Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen kein grünes Nischenprojekt ist. Zum komplexen Problem mit den Mieten: Viele Fachleute haben uns gesagt, dass es keine optimale Lösung gibt. Unsere erste Priorität war, die Mieter\*innen nicht zu belasten. Wir wollten immer, dass bezahlbare Mieten und Klimaschutz in Einklang gebracht werden. Das haben wir nicht optimal mit dem Gesetz gelöst, daher arbeiten wir mit verschiedenen Akteur\*innen weiterhin gemeinsam an politischen Lösungen.

**Was empfehlst du anderen Initiativen, die Klimaschutz per Volksgesetzgebung anstreben?**

Ein breites Bündnis ist wichtig. Man muss sich bewusst sein, dass viele Zielgruppen angesprochen werden müssen. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Klimakrise aufzuhalten. Außerdem: Nicht aufgeben! Wir haben nicht vor aufzugeben. Man kann schließlich nicht mit der Natur verhandeln, die Klimakrise kommt. Daher ist es für alle Menschen in Berlin schade, dass der Volksentscheid nicht erfolgreich war. Auch diejenigen, die mit Nein gestimmt haben, werden von der Klimakrise betroffen sein.

*Das Interview führte Sebastian Petrich*

## ZUR PERSON



**Jessamine Davis, 32,** ist Campaignerin und Sprecherin bei Klimaneustart Berlin. Die gebürtige Engländerin lebt seit 13 Jahren in Berlin.

[www.klimaneustart.berlin](http://www.klimaneustart.berlin)

Thema Demokratie & Klimaschutz

## MITMACHEN

### TSCHÜSS ERDGAS

Wenn es die Stadtoberen nicht machen, müssen es die Bürger\*innen durchsetzen: Die Initiative „Tschüss Erdgas“ will Potsdams Strom- und Wärmeversorgung bis 2030 dekarbonisieren. Damit dieses Bürgerbegehren im ersten Schritt erfolgreich ist, müssen bis September 2023 mindestens 18.000 gültige Unterschriften zusammenkommen, besser aber noch viel mehr. Unterschreiben dürfen alle, die ihren Hauptwohnsitz in Potsdam haben, die deutsche oder eine andere EU-Staatsbürgerschaft besitzen und mindestens 16 Jahre alt sind. <https://tschuess-erdgas.de>

### ENERGIETAGE

Die Energietage 2023 diskutieren lösungsorientiert aktuelle politische Weichenstellungen, technische Innovationen und vielfältige Praxisaspekte. An der Leitveranstaltung der Energiewende in Deutschland beteiligen sich verschiedene Bundesministerien, Verbände, wissenschaftliche Einrichtungen sowie Unternehmen mit eigenen Veranstaltungen. Die Teilnahme ist kostenfrei. 3.–5.5.2023 digital 22.–23.5.2023 in Berlin [www.energietage.de](http://www.energietage.de)

### BERLINER KLIMATAG

Für den 9.9.2023 plant der BUND den nächsten Berliner Klimatag. Wer als Organisation teilnehmen oder als Privatperson bei der Vorbereitung helfen möchte, schreibt gern an [Marc.Schwingel@BUND-berlin.de](mailto:Marc.Schwingel@BUND-berlin.de)

### ENERGIEBERATUNG

Zusammen mit der Berliner Energieagentur berät der BUND jeden letzten Donnerstag im Monat zum alltäglichen Einsparpotenzial bei Wärme, Strom und Warmwasser. 25.5.2023, 16:30–18:30 Uhr, Pablo-Neruda-Bibliothek, Frankfurter Allee 14a, Berlin-Friedrichshain



## AKTUELL

## MITMACHEN

### BAUMVERLUST MELDEN

Potsdam hat in den vergangenen Jahren sehr viele Bäume durch Baumaßnahmen verloren. Anders als Berlin hat die Stadt aber kein Baumkataster. Der BUND will die verschwundenen Bäume sichtbar machen und bittet die Potsdamer\*innen um Hilfe: Erinnern Sie mit einer Postkarte oder einem Brief an einen nicht ersetzten Baum! Bitte notieren Sie den Ort und wenn möglich auch Baumart und Zeitpunkt der Fällung. Auch Fotos oder von Kindern gemalte Bilder sind willkommen. Adresse für die Meldungen: BUND Potsdam, Mauerstr. 1, 14469 Potsdam, BUND.brandenburg@BUND.net

### ATOMWAFFEN VERBIETEN

Der BUND ist Mitglied in der Internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen (ICAN) geworden. In Berlin erinnert jeden 9. Tag des Monats eine Mahnwache am Brandenburger Tor an diese Forderung. [www.icanw.org](http://www.icanw.org)

### LEIHEN UND TAUSCHEN

An den Leih- und Tauschtagen an Pfingsten (26.–28.5.2023) bieten Berliner Initiativen vielfältige Möglichkeiten, um Dinge wie Kleidung, Haushaltsgegenstände, Möbel, Bücher, Lebensmittel und Saatgut zu tauschen und zu teilen. Finden Sie Events in Ihrer Umgebung: [sharedays.bund-berlin.de](http://sharedays.bund-berlin.de)

### TORRFREI GÄRTNERN

Immer noch bestehen die meisten Blumenerden aus Torf. Um diesen Stoff zu gewinnen, werden Moore weggebaggert, die Hotspots der Artenvielfalt und wichtige CO<sub>2</sub>-Senken sind. Welche Erden Sie bedenkenlos kaufen können, steht im aktualisierten BUND-Einkaufsführer für torffreie Erden. [www.BUND.net/torffrei](http://www.BUND.net/torffrei)

### FÜR DEN BUND ARBEITEN

Der BUND sucht eine\*n Sachbearbeiter\*in Buchhaltung für die Berliner Landesgeschäftsstelle. [www.BUND-berlin.de/jobs](http://www.BUND-berlin.de/jobs)



Foto: Sebastian Perlich

# ZWEITES LEBEN FÜR BETON, SAND UND STEINE

**Derzeit berät das Land Brandenburg über seinen Umgang mit mineralischen Abfällen. Das wäre die Gelegenheit, strengere Regeln für Bauschutt zu beschließen – und damit auch die Berliner Bauwirtschaft zu mehr Recycling zu bringen.**

Mit 229 Millionen Tonnen (Stand 2020) machen Bau- und Abbruchabfälle die mengenmäßig größte Abfallgruppe in Deutschland aus. In Brandenburg fielen 2020 8,5 Millionen Tonnen Bau- und Abbruchabfälle an, von denen 44 Prozent aus Berlin stammten. Angesichts des Baubooms reißt der Nachschub nicht ab; für das Jahr 2025 rechnet allein Berlin mit einem Aufkommen von 5,7 Millionen Tonnen. Die Recyclingquote von Bau- und Abbruchabfällen lag 2020 in Brandenburg gerade einmal bei 11,8 Prozent, mit fast 3,3 Millionen Tonnen wird der größte Teil lediglich verwertet. Wobei „verwertet“ in der Regel bedeutet, stillgelegte Tagebaue und Kiesgruben mit Bauschutt aufzufüllen oder alte Mülldeponien abzudecken. Über 795.000 Tonnen Bau- und Abbruchabfälle landen zur Beseitigung auf einer der momentan 16 in Brandenburg betriebenen Deponien.

Den Umgang mit dem Bauschutt regelt der Teilplan Mineralische Abfälle (TMA), den die Brandenburger Landesregierung derzeit fortschreibt. Dieser definiert als übergeordnetes Ziel für Bauabfälle die Entsorgungssicherheit, nicht aber Vermeidung und Wiederverwendung. Der BUND fordert, eine Deponierungsquote von unter zehn Prozent – die Beseitigung von

Schutt auf Deponien muss die absolute Ausnahme sein. Deshalb müssen angehende Architekt\*innen und Ingenieur\*innen mehr über den Einsatz von Rezyklaten und Ersatzbaustoffen lernen.

Gegenwärtig ist es gängige Praxis, auch prinzipiell verwertbare Stoffe wie unbelasteten Bodenaushub auf Deponien zu beseitigen, weil es zu dem Zeitpunkt, an dem der Bauabfall anfällt, keine Verwendungsmöglichkeit gibt. Um dies zu vermeiden, fordert der BUND Zwischenlager für die vorübergehende Aufbewahrung sortenreiner Bauabfälle. Dies würde den Bedarf an Deponiefläche ebenso wie die Förderung von Rohstoffen aus der Natur reduzieren. Solche Zwischenlager müssten auch in Berlin eingerichtet werden, um die Transportwege kurz zu halten – dies wäre auch im Sinne der Berliner Zero-Waste-Strategie, die mit mehr Recycling von Baustoffen rechnet. In seiner Stellungnahme kritisiert der BUND außerdem, dass der TMA kein permanentes Monitoring der Abfallströme in Brandenburg vorsieht und die Einflussmöglichkeiten der Behörden unterschätzt.

[www.BUND-brandenburg.de/bauschutt](http://www.BUND-brandenburg.de/bauschutt)

Sanierung statt Neubau: Um echte Kreislaufwirtschaft zu etablieren, müssten nicht einzelne Stoffe nach dem Abriss recycelt, sondern die Häuser selbst wiederverwendet werden

# DREI BLÖCKE KÖNNEN WEG

**Seit Herbst sind zwei Reserveblöcke des Braunkohlekraftwerks Jänschwalde wieder am Netz. Nötig war das nicht, wie eine Datenanalyse zeigt. Dafür wächst die Gefahr eines Blackouts wegen Überlastung, während der Kraftwerksbetreiber Leag ordentlich Kasse macht.**

Die Begründung der Brandenburger Landesregierung für ihre Entscheidung vom Oktober 2022, die Blöcke E und F des Braunkohlekraftwerks Jänschwalde aus der Sicherheitsreserve zurückzuholen und mit immissionsrechtlichen Ausnahme genehmigungen wieder in Betrieb nehmen zu lassen, steht auf sehr wackligen Beinen. Die Reaktivierung sollte die Energieversorgung im Winter sichern und vier Millionen Kubikmeter Erdgas pro Tag einsparen. Auf der Plattform [energy-charts.info](http://energy-charts.info) veröffentlichte kraftwerksscharfe Daten der Nettostromerzeugung zeigen jedoch, dass die Reaktivierung weder zur Versorgungssicherheit nötig noch bei der Gaseinsparung hilfreich war.

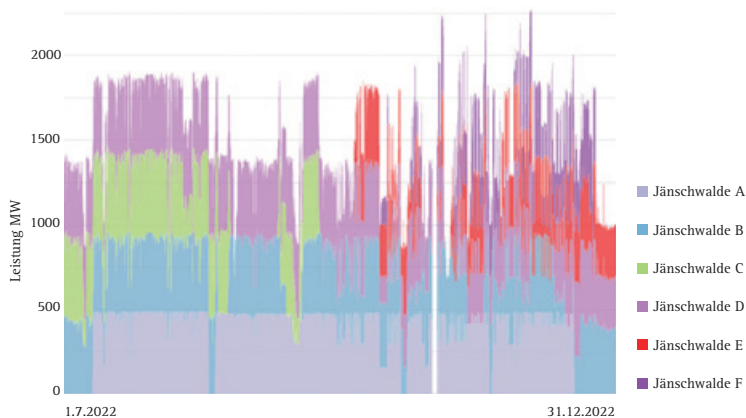
Erste wichtige Erkenntnisse: Das Kraftwerk Jänschwalde lieferte im Dezember 2022 nicht mehr, sondern weniger Strom als im Dezember 2021. Von wenigen kurzen Spitzen abgesehen stieg die Auslastung nicht über 1.750 Megawatt, dabei verfügen die sechs Blöcke insgesamt über eine Nennleistung von 3.000 Megawatt. Um einen Beitrag zur Verminderung der Abhängigkeit von Erdgas zur Stromerzeugung leisten zu können, hätte Jänschwalde in voller Auslastung betrieben werden müssen. Davon kann jedoch keine Rede sein.

Mitte September nahm der Betreiber Leag den Block C vom Netz und nahm ihn bislang auch nur einmal für kurze Zeit im Januar wieder in Betrieb, angeblich wegen Reparaturarbeiten. Derart langwierige Reparaturen sind normalerweise nur nach Havarien nötig, von einer solchen ist aber nichts bekannt. Wahrscheinlich ist, dass Leag Block C runterfuhr, um Überkapazitäten angesichts der kurz darauf reaktivierten Blöcke E und F zu vermeiden. Warum diese Rochade? Ein Motiv könnte Geld sein: Zusammen 450 Millionen Euro erhalten die Kohlekonzerne Leag und RWE zusammen für Leistungen bereits abgeschalteter Kraftwerksblöcke, die über

die Aufrechterhaltung der Sicherheitsreserve hinausgehen. Allerdings nahm Leag Block F später als vorgesehen wieder in Betrieb, deshalb regt der BUND an, die damit verbundenen Zahlungsansprüche zu überprüfen.

Zweite wichtige Erkenntnis: Die Auslastungskurve der Blöcke A, B, D, E und F franst seit Oktober 2022 regelrecht aus. Ausgerechnet das älteste Kohlekraftwerk Ostdeutschlands fungiert nun als Spitzenlastkraftwerk. Für diesen Zweck lässt es sich aber nicht flexibel genug regeln, da es zur Bedienung der Grundlast konzipiert worden war. Damit steigt das Risiko eines Blackouts wegen Überlastung des Leitungssystems: Wenn die elektrische Energie keine Abnehmer findet, wandelt sie sich in Wärme um und kann Leitungen in Verteilereinrichtungen schmelzen lassen. Diese Gemengelage lässt für den BUND nur einen Schluss zu: Im Lauf des Jahres 2023 müssen drei Jänschwalde-Blöcke stillgelegt werden.

Nettostromerzeugung im Braunkohlekraftwerk Jänschwalde 2022



Quelle: [energy-charts.info](http://energy-charts.info)





Foto: Sebastian Petrich

## WAS MACHT EIGENTLICH VDE 17?

**2009 erreichte der BUND mit einem Vergleich vor dem Bundesverwaltungsgericht, dass der Ausbau von Spree und Havel deutlich bescheidener ausfiel als geplant. Allerdings geht der Wasserstraßenausbau bis heute weiter, obwohl der Bedarf fehlt.**

Um Berlin und Brandenburg an das Wasserstraßennetz der alten Bundesrepublik anzuschließen, scheuten die Bundesregierungen seit 1990 weder Kosten noch Mühen. Bis Ende 2021 flossen zwei Milliarden Euro in das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 17 (VDE 17). Dass es nicht noch teurer wurde, verdanken die Steuerzahler\*innen dem BUND, der 2009 eine Klage gegen den Ausbau des Teilstücks Sacrow-Paretzer Kanal eingereicht hatte. Das Bundesverwaltungsgericht interessierte sich wenig für flussökologische Gesichtspunkte, dafür aber für Bäume. Es regte einen Vergleich mit diesen Kernpunkten an: keine Verbreiterung des Kanals für die Begegnung von Schubverbänden – und damit keine Baumfällungen –, dafür aber eine Vertiefung auf vier Meter.

Weil nun die reduzierten Ausbaumaße des Sacrow-Paretzer Kanals zum Standard für die weiteren noch nicht ausgebauten Teilstücke von VDE 17 wurden, verhinderte die BUND-Klage größere Ausbaggerung der Havel zwischen Brandenburg (Havel) und Berlin. Eigentlich hätte das Bundesverkehrsministerium schon viel früher und ohne Zutun des BUND VDE 17 beenden oder verkleinern müssen, denn spätestens seit Ende der Neunzigerjahre geht die Güterbeförderung per Binnenschiff abseits des Rheins stark zurück. Während 1993 von und nach Berlin noch neun Millionen Tonnen Fracht verschifft wurden, waren es 2021 nur noch 1,6 Millionen Tonnen. Begründet

wurde das Großprojekt aber mit einer Prognose von 14 Millionen Tonnen jährlich. Diese magere Bilanz liegt nicht zuletzt daran, dass der Hamburger Hafen die Bahn dem Binnenschiff vorzieht und Container auf der Schiene wesentlich schneller unterwegs sind.

Trotz aller Unrentabilität geht der Ausbau aber weiter. Derzeit wird das Spandauer Horn an der Einmündung der Spree in die Havel abgebaggert, damit große Schubverbände auf der Havel von Norden kommend direkt in die Spree abbiegen können. Wichtig ist dies momentan noch für Kohletransporte aus Polen zum Kraftwerk Reuter West, das aber bis 2030 vom Netz geht. Auch hier gilt: Schade um das schöne Geld.

Positiv bewertet der BUND aber die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen an der Spree. Dort werden Spundwände vor die Uferböschung gerammt, um vor Sog und Wellenschlag der Schiffe zu schützen. Dadurch entstehen bis zu 18 Meter breite Flachwasserzonen, die Fischen als Brutstätte dienen. Es ist bedauerlich, wenn es eine solche ökologische Aufwertung nur im Zusammenhang mit Flussausbauten gibt. Ob diese Maßnahmen reichen, um die Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie zur Erreichung des guten ökologischen Potenzials zu erfüllen, bleibt abzuwarten.

[www.umweltzoneberlin.de/2023/03/06](http://www.umweltzoneberlin.de/2023/03/06)

## DIE VERMEIDBARE WASSERKRISE

**Berlin muss mit Grundwasser und Gewässern pfleglicher umgehen als bislang. Und das ab sofort.**

Viele haben es geahnt, mittlerweile ist es amtlich: 2022 hat 2018 als bislang niederschlagsärmstes Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnung abgelöst. Die Messstelle Dahlem verzeichnete 355,5 Liter Regen pro Quadratmeter, 2018 waren es 359,3 Liter. Betrachtet man die fünf Jahre zwischen 2018 und 2022, so ergibt sich gemessen am langjährigen Mittel ein Niederschlagsdefizit von einem Jahr und zwei Monaten. Weil ein paar relativ feuchte Monate Anfang 2023 allein dieses Defizit nicht ausgleichen können, fordern die im Wassernetz Berlin zusammenarbeitenden Naturschutzverbände vom kommenden Senat ein Sofortprogramm gegen die drohende Wasserkrise.

In einem ersten Schritt muss die Verwaltung klären, welche finanziellen und personellen Bedingungen nötig sind, damit sie die Wasserrahmenrichtlinie umsetzen kann. Diese EU-Richtlinie strebt einen guten Zustand sämtlicher Wasserkörper an und hätte schon 2015 umgesetzt worden sein müssen. Nur um vier Prozent der Gewässer hat sich der Senat bisher im Sinne der Richtlinie gekümmert. Ebenso dringlich ist es, in den Einzugsgebieten der Wasserwerke gewisse Mindeststände festzulegen, damit Wälder und Moore nicht austrocknen. Drohen diese Mindeststände unterschritten zu werden, müssen die Wasserbetriebe die Förderung drosseln.

Weniger Trinkwasserförderung bedeutet natürlich nicht, dass die Berliner\*innen weniger sauberes Wasser zum Trinken, Kochen oder Waschen haben. Aber um private Swimmingpools zu füllen, ist das Trinkwasser zu kostbar. Höhere Preise für Trinkwasser über den üblichen Verbrauch hinaus würden helfen, mit diesem Gut sparsamer umzugehen. Und in Dürreperioden müssen gewisse Verwendungen wie das Rasensprengen eingeschränkt werden.

Die größten Wasserverbraucher beziehen ihr Wasser jedoch nicht über die Leitung, sondern nehmen es sich aus den Oberflächengewässern. Dafür sollen die fossilen Kraftwerke nach Auffassung der Wassernetz-Initiative künftig ein angemessenes Entnahmeentgelt zahlen, das direkt dem Schutz der Gewässer zugutekommt. Neben diesen Sofortmaßnahmen bleibt aber die Großaufgabe, Berlin zur Schwammstadt zu machen, die besser mit Dürrezeiten und Starkregen umgehen kann. Dazu muss der nächste Senat vor allem eines: die Flächenversiegelung stoppen, damit mehr Wasser in der Stadt gespeichert werden kann. Straßenneubauten und Bauvorhaben auf unversiegelten Flächen sind nicht mehr verantwortbar.

[www.wassernetz-berlin.de](http://www.wassernetz-berlin.de)

Grundwasserpat\*innen helfen dem BUND bei der Analyse der Wasserqualität. Mehr dazu in der Randspalte



Foto: Christian Schweer

AKTUELL

INFO

### KOALITION DES RÜCKSCHRITTS

Im schwarz-roten Koalitionsvertrag stehen einige positive Versprechen (Klimaschutz als Staatsziel in die Landesverfassung, Sondervermögen Klimaschutz für energetische Sanierungen und andere anstehende Umbauten der Stadt, zügige Pflanzung von Straßenbäumen) dem Fehlen einer Klimaschutz-Gesamtstrategie und einer Reihe von Rückschritten gegenüber: Stopp von wichtigen Straßenbahnplanungen zugunsten von teuren, klimaschädlichen und langwierigen U-Bahnprojekten, geschützte Radwege nur noch in Ausnahmefällen, Bebauung von Tempelhofer Feld, Elisabethaue, Späthsfelde und weiteren grünen Freiflächen, Vereinfachung der Bauordnung (vermutlich auf Kosten von Umwelt- und Naturschutzaspekten – auch wenn das so natürlich niemand formuliert). Die akuten Probleme bei der Wohnraumversorgung und in der städtischen Mobilität werden sich mit dieser an Großprojekten interessierten Politik aber nicht lösen lassen.

### 29-EURO-IRRWEG

Warum es gut ist, dass die Berliner Insellösung mit 29 Euro monatlich für den Tarifbereich AB mit dem Start des Deutschlandtickets für 49 Euro vorerst der Vergangenheit angehört, steht im BUND-Blog. [www.umweltzoneberlin.de/2023/04/04](http://www.umweltzoneberlin.de/2023/04/04)

### GRUNDWASSERPROBEN

Seit 2021 untersucht der BUND das Berliner Grundwasser, das von öffentlichen Schwengelpumpen gefördert wird. Jetzt sind alle Ergebnisse auf Open Street Map veröffentlicht: [www.kurzelinks.de/gw-karte](http://www.kurzelinks.de/gw-karte)

Wollen Sie als ehrenamtliche Grundwasserpat\*innen bei den Wasserproben helfen? Kontakt und weitere Infos: [www.BUND-berlin.de/grundwasser](http://www.BUND-berlin.de/grundwasser)





# BUNDjugend

YOUNG FRIENDS OF THE EARTH

## TERMINE

Weitere Termine und alle Infos findest du unter:



[www.BUNDjugend-berlin.de/termine](http://www.BUNDjugend-berlin.de/termine)



[www.BUNDjugend-brandenburg.de/termine](http://www.BUNDjugend-brandenburg.de/termine)

### BERLIN

#### CLIMATE TALK

2.6.2023 Freue Dich auf einen Abend mit Poetry und Science Slam – alles rund ums Klima! Komm vorbei und werde inspiriert!

#### SYSTEMKRITISCHE STADTFÜHRUNG

10.6–11.6.2023 In unserem Train-the-trainer-Workshop stellen wir unser neues Konzept mit systemkritischem Fokus vor. Hier lernst Du, wie Du unsere Stadtführungen leiten kannst.

#### PALUDIKULTUR-EXKURSION

1.7.2023 Mit Fahrrad und Zug machen wir uns auf den Weg zu einer Paludilandwirtschaft und gucken uns an, wie man Moorflächen bewirtschaftet.

#### WORKSHOP SYSTEM CHANGE

8.7.–9.7.2023 Auf Demos fordern wir „System Change not Climate Change!“. Aber was bedeutet das überhaupt und wie erreichen wir den Change? Im Workshop beantworten wir diese Fragen.

#### WALDWOCH

17.7.–21.7.2023 In den Sommerferien die Natur erkunden, werkeln und Neues entdecken. Für Kinder zwischen acht und zwölf haben wir was in petto.

### BRANDENBURG

#### KANUTOUR AN HIMMELFAHRT

18.5.–21.5.2023 Unter dem Motto „Save the Oder – ein Jahr nach dem Fischsterben“ begeben wir uns gemeinsam auf Spurensuche, wie der Oder geholfen werden kann: beim Kanufahren und Zelten an und auf der Oder.

#### FAMILIEN-WILDNISTAG

10.6.2023 Wir tauchen einen Tag lang in die Methoden der Wildnispädagogik ein. Wir spielen, singen, machen Feuer und finden Wege in die Natur, in die Gemeinschaft und zu uns selbst.

Anmeldung: [mail@BUNDjugend-brandenburg.de](mailto:mail@BUNDjugend-brandenburg.de)

## WAS BRAUCHT UNSERE DEMOKRATIE FÜR MEHR KLIMASCHUTZ?

### Ein Gespräch mit Adana Piriçi

Während uns immer weniger Zeit bleibt, um das Erreichen der Klimakippunkte zu verhindern, verfehlt die Bundesregierung Klimaziele – oder schafft sie sogar ab. Wir von der BUNDjugend Berlin haben uns gefragt: Was fehlt unserer Demokratie für die notwendigen Schritte zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen? Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, sprechen wir mit eine\*r Aktivist\*in, die selbst in einen Konflikt um Klimagerechtigkeit involviert war: Adana Piriçi von der Initiative „Lützerath lebt!“

**BUNDjugend: Adana, was ist überhaupt Lützerath und was ist dort passiert?**

Adana: Lützerath war ein Dorf im Rheinland, das im Januar für den Braunkohletagebau geräumt und zerstört wurde, nachdem wir uns mit unserem Protest fast drei Jahre lang dagegen gewehrt hatten. Mitten in einer sich verschärfenden Klimakrise ist das ein Verbrechen, denn die Emissionen, die hier entstehen, kosten jetzt schon Menschenleben.

**Was hat für euch Klimaschutz mit Demokratie zu tun?**

Klimaschutz hat in erster Linie mit Bedürfnisschutz zu tun, zu verhindern, dass jemand leiden muss. Die Frage ist also, ob die derzeitige Form von Demokratie auf Bedürfnisschutz ausgerichtet ist. Und da ist die Antwort eindeutig nein, deshalb scheitert sie auch beim Klimaschutz. Nach der Räumung Lützeraths haben mich viele Menschen, die sich als Demokrat\*innen verstehen, bestürzt drauf angesprochen, wie das denn sein könne, dass der Staatsapparat in einer Demokratie so viel Gewalt anwendet, um die Interessen eines Konzerns gegen die Bedürfnisse der Bevölkerung durchzuprügeln. Aber auch wenn es viele bisher nicht zu spüren bekommen haben, ist der Einsatz von Staatsgewalt gegen Individuen, die einfach nur leben wollen und für das Leben einstehen, leider Alltag – sei es bei Abschiebungen oder Räumungen. In diesem System werden nicht vorrangig die berücksichtigt, die am stärksten durch etwas leiden. Im Gegenteil: Die Staatsgewalt steht denen zur Seite, die aus der Ausbeutung von Mensch und Natur Profit ziehen.



Lützerath-Räumung im Januar 2023

#### Climate & Boat

Deutschland versorgt sich auf Kosten des Globalen Südens mit Energie. Die dringend benötigte Energiewende bietet die Chance, koloniale Strukturen aufzubrechen. Statt diese zu nutzen, investiert Deutschland in neue Großprojekte – ohne Rücksicht auf die Situation vor Ort. Eine klimagerechte Energiewende funktioniert nur mit einer Reduktion des Energieverbrauchs und nicht mit gigantischen Wasserstoffimporten. Deswegen werden wir dieses Jahr wieder gemeinsam demonstrieren.

**Kommt am 13.8.2023 um 12 Uhr zur Climate & Boat!**

**Woran genau machst du das fest?**

An vielen Orten der Welt werden Individuen vertrieben und Menschen kriminalisiert, um umweltschädliche Projekte durchzubringen. Es ist seit Jahrzehnten das Gleiche, dass in dieser Form der Demokratie die Profitinteressen von Konzernen mit Gewalt durchgesetzt werden gegen die, die darunter leiden. Wir können uns spezifisch Lützerath anschauen, wo die Betroffenen vom Kohleabbau Menschen im globalen Süden sind, die jetzt schon unter der Klimakrise leiden. Und für jedes bisschen Kohle fallen Existenzen zum Opfer, das muss man sich vor Augen führen. Aber die Entscheidungen treffen Aktionär\*innen, die ganz woanders sind, die bequem weiterleben können, während Menschen unter dieser Zerstörung leiden. Und für die der einzige Unterschied darin liegt, ob die Zahl auf ihrem Konto sieben- oder achtstellig ist. Unterstützt werden sie von sogenannten Volksrepräsentant\*innen, obwohl sich 60 Prozent der Bevölkerung dagegen ausgesprochen hat, Lützerath zu zerstören. Wer beispielsweise die Grünen für Klimaschutz gewählt hat, merkt jetzt, wie wenig Einfluss man eigentlich nehmen kann auf das, was da passiert: Lützerath ist trotz der Wahlversprechen geräumt, der Braunkohleabbau wird mit voller Wucht weiterbetrieben – und was bleibt, sind blaue Flecken und Traumata durch Polizeigewalt.

**Was muss sich konkret in unserer Demokratie ändern, um Klimaschutz zu erreichen?**

Bislang sind die Strukturen darauf ausgelegt, Befehle durchzusetzen und das Eigentum der wirtschaftlich Mächtigen zu sichern, gegen die Bedürfnisse der Betroffenen. Aber niemand darf auch nur die Möglichkeit haben, zu entscheiden, dass auf eine Art produziert wird, die die Erderwärmung und damit Überschwemmungen, Dürren und Tsunamis vorantreibt. Konkret heißt das: Sämtliche Entscheidungen müssen auf Basisebene stattfinden, und zwar so, dass man gemeinsam Bedürfnisse und Lösungen für Konflikte so koordiniert, dass niemand einfach übergangen wird. Dafür müssen sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und sämtliche Mittel, die wir brauchen, unter dem direkten Einfluss der Gesellschaft stehen. Ob das funktionieren kann, hat nichts mit der Frage zu tun, ob „der Mensch“ jetzt „gut“ ist, sondern schlichtweg damit, wozu die Strukturen die Menschen motivieren. Da wäre es dann auch viel leichter zu sagen, wir fahren für den Klimaschutz das runter, was nicht dringend notwendig ist, und machen gleichzeitig das, was notwendig ist, für alle zugänglich. Ansätze in diese Richtung sind schon möglich, etwa mit einer Vergesellschaftung des Energiesektors, wie es die Initiative „RWEenteignen“ fordert.

**Gibt es schon Beispiele, wo so eine Gesellschaft funktioniert?**

Auf jeden Fall! Es gibt vieles, im Großen und auf heute bezogen können wir uns das Modell der Zapatista in Mexiko anschauen. Ihr System baut auf Kommunen auf und entwickelt sich stetig weiter, mit mehreren hunderttausend Menschen, die daran beteiligt sind. Dort sind Ressourcen in kollektiver Hand, dort können schon Kinder mitbestimmen, dort gibt es keine Strafen, sondern das Konzept der Versöhnung und Wiedergutmachung. Trotz ständiger Angriffe durch kapitalistische Regierungen im nun 500 Jahre langen Kampf gegen koloniale Zerstörung, in dem sie sich befinden, ist bei ihnen die Versorgung sehr viel besser als in den kapitalistisch organisierten Gebieten in ihrer Umgebung.

**Möchtest du sonst noch etwas den Leser\*innen mitgeben?**

Vor allem, dass wir immer noch die Möglichkeit haben, etwas zu verändern, und jeder Mensch Teil davon sein kann und sollte. Das fängt damit an, Dinge grundlegend zu hinterfragen, und geht damit weiter, sich mit anderen zu organisieren und aktiv zu werden. In den letzten Jahren haben wir gezeigt, wie viel wir aufbauen und bewegen können, wenn wir solidarisch zusammenwirken, und genau da müssen wir weiter ansetzen!

Interview: Leander Umezulike und Antonia Pawella





Fotos: Sebastian Petrich

Auch auf der Grubenlanke bei Mögeln lohnt sich manchmal ein Blick nach oben

## NATUR ERLEBEN

### MITMACHEN

**STREUOBSTWIESEN-FEST**  
Auf der BUND-Streuobstwiese in Stahnsdorf wird wieder Sommerfest gefeiert. 4.6.2023, 12–17 Uhr, Stahnsdorf, Schenkendorfer Weg Ecke Güterfelder Straße [www.BUND-berlin.de/streuobst](http://www.BUND-berlin.de/streuobst)

**BAHNBRECHENDE NATUR**  
Führung auf dem Schöneberger Südgelände, Teilnahmebeitrag 13 Euro (10 Euro ermäßigt, Kinder unter 12 kostenfrei). Der Parkeintritt kostet 1 Euro pro Person ab 14. Treffpunkt: Haupteingang Südgelände am S-Bahnhof Priesterweg, 4.6.2023, 2.7.2023, 6.8.2023, jeweils 14–16 Uhr Anmeldung unter [gartengestaltung@detlev-dahlmann.de](mailto:gartengestaltung@detlev-dahlmann.de)

### LESER\*INNENBRIEF

**BETR. „ÖKOTIPP: BIO-LEBENSMITTEL“**  
[...] In dem jüngsten Beitrag wurde einmal mehr zurecht darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, Lebensmittel aus ökologischer Landwirtschaft zu kaufen. Allerdings habe ich mich doch sehr daran gestoßen, wie selbstverständlich es in dem Beitrag klingt, einfach nur noch Bio-Lebensmittel zu kaufen. Es ist sicher richtig, dass Bio-Lebensmittel nicht in dem Maße teurer geworden sind, wie Lebensmittel aus konventioneller Landwirtschaft. Aber erstens waren sie schon teuer, zweitens sind sie auch teurer geworden, drittens gibt es bei Bio-Lebensmitteln deutlich weniger Angebote mit großem Einsparpotential und viertens – und darauf möchte ich eigentlich besonders hinweisen – konnten sich bisher viele Menschen Bio-Lebensmittel gar nicht leisten und können es jetzt erst recht nicht. [...] *Johanna Lemke, Berlin*

## UND OBEN KREIST DER ROTMILAN

Eine sommerliche Paddeltour über die Altarme der Unteren Havel deutet an, wie naturbelassene Flachlandflüsse aussehen könnten

Zusammen mit der Oder und der Elbe gehört die Havel zwischen Pritzerbe und der Einmündung in die Elbe bei Havelberg zu den wenigen Fließgewässern in Deutschland, die Reste einer Auenlandschaft aufweisen. Bundesweit sind zwei Drittel der natürlichen Auen verschwunden und nur noch drei Prozent von ihnen gelten noch als intakt. Auch bei der Havel kann keine Rede von einem komplett naturbelassenen Fluss sein. Allerdings war die Situation auch schon schlimmer: Bis in die Neunziger war sie eine vielbefahrene Wasserstraße mit einem stark gestörten Wasserhaushalt, das befestigte Ufer schnitt Auen und Altarme vom Fluss ab. Auch heute noch ist die Untere Havel eine Bundeswasserstraße, doch seit der Eröffnung des Magdeburger Wasserstraßenkreuzes 2003 (als Teil von VDE 17, siehe Seite 5) befahren die wenigen Güterschiffe zwischen Berlin und der Elbe statt der Unteren Havel den Elbe-Havel-Kanal.

An einem sommerlichen Wochentag herrscht daher überwiegend Ruhe auf der Unteren Havel. Dass die Schleusen in Bahnitz und Rathenow noch in Betrieb sind, merken Paddler\*innen alle zwei bis drei Stunden, wenn mehrere Motorboote im Pulk die Stille stören. Vom Wasser aus sieht man am besten, welche Fortschritte das zu drei Vierteln aus Bundesmitteln bezahlte und vom Naturschutzbund (Nabu) geleitete Projekt zur Revitalisierung der Auen an der Havel seit 2005 gemacht hat. Neben verbliebenen steinbefestigten Uferabschnitten gleiten wir im Kanu immer wieder an unbefestigten Bereichen entlang, kleine Sandstrände laden zum Baden ein, Totholz darf am Ufer liegen bleiben, Sandbänke reichen weit in den Fluss hinein.

Besonders interessant wird es, wenn wir vom Hauptstrom in die Altarme abbiegen. Bis 2025 ist geplant, 15 Altarme zwischen Pritzerbe und Rathenow wieder an die Havel anzuschließen. Eine Stelle, an der das schon geschehen ist, passieren wir auf unserer Fahrt von Milow nach Mögeln. Am Flusskilometer 96 biegen auf die Grubenlanke ab, die seit 2021 wieder richtig mit der Havel verbunden ist.

Zuvor drohte der 1,6 Kilometer lange Altarm wegen zu geringer Durchflüsse zu verlanden und zu verkrauten. Mit dem Durchstich ist eine Insel (wieder-)entstanden, die bei winterlichem Hochwasser überschwemmt werden darf. Aus der Ufervegetation meldet sich immer wieder die Vogelwelt, wahrscheinlich sind es Schilfrohrsänger.

Während wir uns eine Pause gönnen und die Kanus an einem alten Steeg vertäut haben, glotzen uns zwei Augen aus dem Wasser an. Sie gehören einer Ringelnatter, die vom einen zum anderen Ufer schwimmt und dort angekommen sich einige Sekunden auf einem sonnigen Fleckchen räfelt. Weiter geht es durch Teppiche von weiß und gelb blühenden See- und Teichrosen, bis in der Ferne das grüne Kupferdach der Mögliner Dorfkirche hinter dem Schilf zu sehen ist.

Kurz hinter Mögeln stellt sich die Frage nach dem weiteren Verlauf der Tour. Wir könnten weitere gute zwölf Kilometer nach Rathenow paddeln. Um dem Bootsverleih den Rücktransport der Kanus per Auto zu ersparen, entscheiden wir uns für die Umkehr nach Milow. Kurz vor dem Ende der neun Kilometer und rund vier Stunden langen Rundtour (Pausen nicht eingerechnet) gibt es noch einmal die Chance, die Ausdauer des örtlichen Rotmilanpaares zu bewundern. Schon auf der Hinfahrt kreisten die zwei Greifvögel unermüdlich und manchmal auch sehr tief zwischen Milow und Bützer. Allein schon für diese Beobachtung lohnt sich der Ausflug, denn so nahe kommt man den Gabelweihen selten.

Kanuverleihe gibt es unter anderem in Rathenow, Pritzerbe und Milow. Anreise: Mit dem RE 4 nach Rathenow oder mit dem RE 1 nach Brandenburg (Havel), dort umsteigen in die RB 51 nach Premnitz Nord, von dort ungefähr eine halbe Stunde zu Fuß nach Milow. Achtung: keine Gastronomie in Mögeln! *sp*

Zur Wasserkarte der Unteren Havelniederung mit touristischen Infos: [www.kurzelinks.de/wasserkarte](http://www.kurzelinks.de/wasserkarte)

## ÖKOTIPP: BETEILIGUNG AN PLANUNGSVERFAHREN

Interessiert Sie, was es mit Bauvorhaben in Ihrer Umgebung auf sich hat? Bezweifeln Sie die Naturverträglichkeit gewisser Projekte? Haben Sie sogar eigene Beobachtungen zu betroffenen Arten vor Ort gemacht? Dann sollten Sie sich einmal die Internetangebote der Brandenburger und Berliner Naturschutzverbände zur Beteiligung in Umweltfragen ansehen.

Als die sprichwörtlichen Anwalt\*innen der Natur haben der BUND und die anderen anerkannten Naturschutzverbände das im Bundesnaturschutzgesetz geregelte Recht, beteiligt zu werden, wenn Flächennutzungs- und Bebauungspläne aufgestellt oder Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt werden. Sich beteiligen heißt hier vor allem Stellungnahmen abgeben; fachkundig und unter Wahrung der gegebenen Fristen. Sämtliche verfügbaren Planungsunterlagen der jeweiligen Vorhaben finden sich auf den Internetseiten, die die Landesbüros der anerkannten Naturschutzverbände eingerichtet haben. Dies erleichtert zum einen die Arbeit der in der Regel ehrenamtlich tätigen Fachleute.

Zum anderen schafft es Transparenz in Planungsverfahren und erlaubt es interessierten Bürger\*innen, mitzureden und ihre Expertise einzubringen.

Das Mitmachen auf den Beteiligungsseiten ist denkbar einfach. Wenn Sie sich lediglich umsehen wollen, dann finden Sie auf der Karte aktuelle und schon bearbeitete Vorhaben (die Beteiligungsseiten sind praktischerweise auch ein Archiv abgeschlossener Verfahren). Wenn Sie eines der aktuellen Vorhaben kommentieren wollen, weitere Details beizutragen haben oder sogar selbst eine Stellungnahme schreiben wollen, melden Sie sich mit Ihrem Klarnamen bei der Beteiligungsseite an. Falls Sie sich unsicher sind, worauf es bei einer Stellungnahme ankommt, kein Problem: In der Rubrik „Häufig gestellte Fragen“ finden sich umfangreiche Anleitungen zur Textarbeit in Beteiligungsverfahren.

[www.umwelt-beteiligung-berlin.de](http://www.umwelt-beteiligung-berlin.de)  
[www.umwelt-beteiligung-brandenburg.de](http://www.umwelt-beteiligung-brandenburg.de)





## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)  
Landesverband Berlin e.V.  
Crellestr. 35  
10827 Berlin  
www.BUND-Berlin.de  
und

Landesverband Brandenburg e.V.  
Mauerstraße 1  
14469 Potsdam  
www.BUND-Brandenburg.de

### KONTAKT

Tel. 030 787900-0  
E-Mail: redaktion@BUNDzeit.de  
www.BUNDzeit.de

### REDAKTION

Sebastian Petrich (sp)  
Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P.  
Namentlich gekennzeichnete  
Artikel geben nicht zwingend  
die Meinung des BUND wieder.

### MARKETING & VERTRIEB

Thorsten Edler

### ANZEIGEN

Tel. 030 787900-42  
anzeigen@BUNDzeit.de

### DRUCK

Möller Pro Media GmbH  
www.moellerpromedia.de

### GESTALTUNG

sujet.design  
www.sujet.de

Erscheinungsweise: viertel-  
jährlich, der Bezugspreis ist  
im Mitgliedsbeitrag enthalten

### AUFLAGE

35.000  
Gedruckt auf UltraMag  
Plus Silk, 100 % Recycling

Die nächste BUNDzeit  
erscheint Anfang August  
2023. Anzeigenschluss ist  
der 16. Juni 2023.

### SPENDENKONTO

BUND Berlin  
Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN:  
DE 51 1002 0500 0003 2888 00  
BIC: BFSWDE33BER

BUND Brandenburg  
GLS Bank  
IBAN:  
DE 24 4306 0967 1153 2782 00  
BIC: GENODEM1GLS

Erbschaften an den BUND  
sind nach §13 ErbStG von  
der Erbschaftssteuer befreit.  
Fordern Sie unsere Informa-  
tionsmaterialien an:  
erbschaftsratgeber@BUND-  
Berlin.de



## GASTRO-CHECK

Seit Anfang 2023 gilt die Mehrwegangebotspflicht. Die meisten gastronomischen Betriebe, die Speisen und Getränke zum Mitnehmen anbieten, müssen dafür nun auch Mehrwegbehälter zur Verfügung stellen und auf dieses Angebot deutlich aufmerksam machen. Ausgenommen davon sind nur kleinere Imbisse, Restaurants, Cafés und Lieferdienste, die mit weniger als 80 Quadratmeter Verkaufsfläche oder weniger als fünf Beschäftigten arbeiten. Doch auch diese müssen von den Kund\*innen mitgebrachte Gefäße befüllen.

So weit die gesetzliche Lage. Wie sieht die Realität aus – nähert sich der Verpackungsmüllwahn seinem Ende? Um das besser beurteilen zu können, brauchen wir Ihre Mithilfe: **Checken Sie die Mehrwegangebote Ihrer lokalen Gastronomie!**

Der BUND hat einen Online-Fragebogen vorbereitet, in dem Sie von Ihren Erfahrungen berichten können. Das dauert nicht lang, weil sich die Umfrage auf fünf Fragen je Gastronomiebetrieb beschränkt. Wir wollen zum Beispiel wissen, aus welchem Material die Einwegverpackungen für Essen und Trinken und ob die Kund\*innen ihre eigenen Mehrwegbehälter befüllen lassen können.

**Wichtig:** Dieser Gastro-Check dient nicht dazu, jemanden an den Pranger zu stellen! Es geht vielmehr darum, ein realistisches Bild der Lage zu bekommen. Deshalb wird der BUND auch keine Ergebnisse zu einzelnen Betrieben veröffentlichen.

Das ist der Link zum Gastro-Check:

<https://survey.lamapoll.de/Mehrwegangebotspflicht-neu>

Auch dieser Verpackungsmüllklassiker soll mit der Mehrwegangebotspflicht seltener werden



Foto: Depositphotos

## DEMOKRATIE UND KLIMASCHUTZ IN ZAHLEN

### Bundesbürger\*innen bewerten die Maßnahmen der Bundesregierung zum Klimaschutz laut Umfrage (März 2023) als ...

... zu viel, in Prozent:	19
... gerade richtig, in Prozent:	27
... zu wenig, in Prozent:	48

### Bundesbürger\*innen antworten auf die Frage, ob die Politik aufgrund von Klimaprotesten mehr Klimaschutz macht (März 2023), mit ...

... weiß nicht, in Prozent:	4
... ja, in Prozent:	24
... nein, in Prozent:	72

### Jugendliche zwischen 16 und 19 bewerten die Klimapolitik in Deutschland (November 2021) als ...

... sehr gut, in Prozent:	2,2
... gut, in Prozent:	4,7
... eher gut, in Prozent:	20,6
... eher schlecht, in Prozent:	38,5
... schlecht, in Prozent:	24,0
... sehr schlecht, in Prozent:	10,0

### Mindestalter für aktives Wahlrecht bei Kommunalwahlen in ...

... Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen, in Jahren:	18
... Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen, in Jahren:	16

### Mindestalter für aktives Wahlrecht bei Landtagswahlen in ...

... Bayern, Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, in Jahren:	18
... Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein, in Jahren:	16

### Angestrenzte Gerichtsverfahren für angemessenen Klimaschutz (weltweit, Stand Mai 2022) ...

... davon	2.002
... in den USA:	1.426
... in Australien:	124
... in Großbritannien:	83
... in der EU:	60
... zwischen 1986 und 2014:	800
... gegen die Konzerne der Fossilwirtschaft gerichtet:	63

### Von diesen Verfahren (nur Fälle außerhalb der USA) endeten ...

... erfolgreich:	245
... erfolglos:	159
... teilweise erfolgreich:	43
... mit zurückgezogener Klage oder Vergleich:	7

### Vorhaben zur Volksgesetzgebung in Berlin seit 1998 ...

... davon	55
... bis zum Volksentscheid gelangt:	8
... im Volksentscheid mehrheitlich angenommen:	4
... im Volksentscheid Quorum verfehlt:	3
... im Volksentscheid abgelehnt:	1
... zu Umweltthemen:	9

### Vorhaben zur Volksgesetzgebung in Brandenburg seit 1992 ...

... davon	56
... bis zum Volksentscheid gelangt:	0
... nach der ersten Stufe (Volksinitiative) vom Landtag übernommen:	11
... nach der zweiten Stufe (Volksbegehren) vom Landtag übernommen:	5
... zu Umweltthemen:	14

Quellen: Forschungsgruppe Wahlen via statista, fischerAppelt via statista, wahlrecht.de, Grantham Institute on Climate Change and the Environment (London School Of Economics), Mehr Demokratie e. V.



## ICH WILL DIE ARBEIT DES BUND UNTERSTÜTZEN.

Einfach online ausfüllen: [www.mithelfen.net](http://www.mithelfen.net) – oder den nachfolgenden Coupon nutzen.

Ja, ich möchte Mitglied werden und wähle folgenden Jahresbeitrag:

- Einzelmitgliedschaft (ab 60 € )  
 Einzelmitgliedschaft ermäßigt (ab 24 € )  
 Familienmitgliedschaft (ab 72 € )

Tragen Sie nachfolgend bitte Namen und Geburtsdatum Ihrer Familienmitglieder ein:

Name Partner\*in:  Geb.-Datum:   
 Name 1. Kind:  Geb.-Datum:   
 Name 2. Kind:  Geb.-Datum:

(Namen und Geburtsdatum von weiteren Kindern bitte unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Anschrift per E-Mail nachmelden: [service@bund.net](mailto:service@bund.net))

Lebenszeitmitglied (einmalig ab 1.500 € )

Vorname/Name:   
 Straße:   
 PLZ/Ort:   
 Geb.-Datum (TT.MM.JJJJ):   
 E-Mail:   
 Telefon (optional):

Bitte ziehen Sie den Beitrag ab dem

monatlich  vierteljährlich  halbjährlich  jährlich

bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

Kontoinhaber\*in:

IBAN (oder Konto-Nr.):

BIC (oder Bankleitzahl):

Datum/Unterschrift (Bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten)

Hinweise:  
 1. Durch Ihre Unterschrift werden Sie Mitglied des BUND (Bundesverband) und erteilen diesem ein SEPA-Lastschriftmandat, mit dem Sie gleichzeitig Ihre Bank anweisen, die vom BUND auf Ihr Konto gezogene Lastschrift einzulösen. Die Mitgliedschaft ist jederzeit satzungsgemäß und ohne Angabe von Gründen kündbar. Gläubiger-ID: DE34 ZZZO 0000 1038 26.  
 2. Mit Ihrer Mitgliedschaft im Bundesverband sind Sie i.d.R. zugleich Mitglied des BUND-Landesverbands Ihres Wohnortes.  
 3. Ihre Daten werden gem. Art. 6 Abs. 1 lit. B DSGVO ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und zu vereinsbezogenen Informations- und Werbezwecken verarbeitet und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte findet nicht statt. Die Nutzung erfolgt gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Dieser Nutzung können Sie jederzeit widersprechen. Unter der nachfolgend genannten Adresse erreichen Sie auch den Datenschutzbeauftragten des BUND. Eine ausführliche Erklärung zum Datenschutz finden Sie unter [www.bund.net/datenschutz](http://www.bund.net/datenschutz)